

Regionalbund

standpunkt

DER WIRTSCHAFT

AZA 4410 Liestal

Standpunkt-Ausgabe Nr. 310 – 14. Jahrgang

EDITORIAL



Hans Rudolf Gysin
Nationalrat, Direktor
Wirtschaftskammer
Baselland

Problem lösen – statt nur lamentieren!

Die deutsche Redakteurin Erika Lauscher bringt es auf den Punkt, wenn sie feststellt: «Es gibt für jedes Problem eine Lösung. Es ist nur meist einfacher, nicht danach zu suchen.» Dieses Zitat ist mir Anfang April in den Sinn gekommen, als Johannes Burger, Geschäftsführer der Handwerkskammer Freiburg, zum seit langem schwelenden Kautionsstreit zwischen der Schweiz und Süddeutschland die ganz pragmatische Lösung für die südbadischen Handwerksfirmen präsentiert hat. Anstatt gegenüber der Schweiz zu einem auch für deutsche Handwerker bestehenden Dumping-Problem nur zu lamentieren, hat man in Freiburg eine praktische Lösung gesucht und nun auch gefunden (Beitrag auf Seite 2 unten). Herzliche Gratulation zu diesem Erfolg und ebenso herzlichen Dank, Johannes Burger!

Ich würde mir sehr wünschen, dass dieses Denken und Handeln zugunsten einer praktikablen Lösung – im Sinne der zitierten Erika Lauscher – unter anderen auch bei der Handwerkskammer Konstanz oder beim Bauverband Südbaden Einzug hält. Denn: Es geht dabei ja auch darum, im Interesse der süddeutschen Firmen nicht «Geschäfte mit Grundsatzdebatten zu blockieren», wie es Johannes Burger ausdrückt, sondern «Geschäfte zu ermöglichen». Dies erst recht, wenn ab 1. Mai 2011 das Personenfreizügigkeitsabkommen EU-Schweiz auf die neuen EU-Ostländer ausgedehnt wird. Dann haben eher früher als später auch süddeutsche Handwerksfirmen ein Problem mit Dumpinglöhnen und -preisen. Ausserdem: Die Freiburger Lösung heisst ja noch lange nicht, dass man in Süddeutschland über die Kautions in helle Begeisterung ausbrechen muss.

HEUTE IN DER

Gewerbezeitung

KMU & LANDWIRTSCHAFT 1/3

sgv will gleich lange Spiesse für Bauern und KMU-Betriebe.

WOCHENGESPRÄCH 4

Neuer GastroSuisse-Direktor Bernhard Kuster.

GEWERBEPOLITIK 7

Energieagentur der Wirtschaft plädiert für Freiwilligkeit.

REGULIERUNGSWUT – Laufend neue Hemmschwellen und Bremsklötze für die KMU.

Knüppel aus dem Sack!

«Wir verzichten gerne auf staatliche Unterstützung, aber hört endlich auf, uns immer neue Knüppel zwischen die Beine zu werfen!»: So brachte es vor noch nicht allzu langer Zeit ein bestandener Handwerksunternehmer auf den Punkt. Was seit Jahren hochaktuell ist – und von der Wirtschaftskammer Baselland im Rahmen ihrer KMU-Förderungsinitiative bereits im Jahr 2005 praktisch in Angriff genommen worden war – ist heute aktueller denn je: Als ob für die Schweizer Wirtschaft – in erster Linie für die gut 98 Prozent KMU-Unternehmen – das Geld auf der Strasse läge, erfindet die Politik bald wöchentlich neue Gründe, die KMU zur Kasse zu bitten oder aber – gerade angesichts des starken Frankens – deren auch internationale Konkurrenzfähigkeit scheinbarweise zu beeinträchtigen.

Es wird schamlos reguliert und zugegriffen

Mit der Finanzmarktkrise und ihren konjunkturellen Auswirkungen hat der Bund mit einem erheblichen finanziellen Aufwand Konjunkturstützungsmaßnahmen veranlasst, was als durchaus sinnvoll beurteilt werden kann. Doch derzeit gewinnt man immer mehr den Eindruck: Weil die

Wirtschaft wieder brummt, kann der Staat wieder schamlos regulieren und vor allem zugreifen. Neben Themen wie dem Gebührenskandal der Billag brennt derzeit der starke Franken vor allem gegenüber dem Euro unter der Haut der KMU, gerade auch in der Nordwestschweiz. In den Sonntagspredigten des Bundesrates wird diese Situation mit «Besorgnis» kommentiert – aber in der Praxis genau das Gegenteil umgesetzt; und zwar mit immer neuen «patenten» Begründungen.

Zulasten der KMU und der Pendler

So sollen die Verkehrskapazitäten auf Schiene und Strasse ausgebaut werden. Das kostet selbstverständlich viel Geld, und das holt man – durchaus nachvollziehbar – bei den Benutzern dieser Verkehrsträger. So sollen der Preis für die Autobahnvignette von 40 auf 100 Franken (+ 150 Prozent), erhöht werden, gleichzeitig aber auch die Preise für die Benutzung des öV «verursachergerecht» angehoben werden. Ebenso wird laut darüber nachgedacht, die Arbeitspendler zusätzlich zu «bestrafen», indem diese ihre Fahrtkosten nicht mehr bzw. nur noch deutlich gekürzt steuerlich ab-



Die Überregulierungsabsichten des Bundes wirken sich derzeit – zusätzlich zum starken Franken – vor allem im grenzüberschreitenden Handel aus.

setzen dürften (siehe auch Beitrag auf Seite 3 unten).

Absurd wird es hingegen, wenn in diesem Verkehrsfinanzierungssumpf allen Ernstes auch verlangt wird, die Unternehmer sollen gefälligst einen Sonderbeitrag an die Verkehrsinfrastrukturkosten leisten, schliesslich wären sie ja zu einem guten Teil an der zunehmenden Belastung der Verkehrswege mitverantwortlich ...

Knüppel CO₂-Massnahmen

Nun denn: Diese Verkehrsfinanzierungs-Ideen könnten – einzeln betrachtet – ja noch knapp toleriert werden, wenn es denn dabei bliebe.

Der Bundesrat hat aber bereits noch ganz andere «Knüppel» in petto. So sollen – jetzt allerdings zur CO₂-Reduktion – in vorausgehendem Gehorsam die Treibstoffpreise (und wohl auch die Heizölpreise) massiv angehoben werden. Als ob damit tatsächlich die CO₂-Emissionen – längerfristig gesehen – wirklich so reduziert werden könnten, dass das auch «einschenkt» (siehe auch «standpunkt» Nr. 307 vom 18. März).

Vielmehr führt diese Massnahme zu einem allgemeinen Kostenschub innerhalb der Schweizer (KMU-)Wirt-

FORTSETZUNG NÄCHSTE SEITE

SPRACHEN – Bildungsrat für rasche Umsetzung. Vorteile für Schüler

Die Einführung des neuen Sprachkonzepts an den Baselbieter Primarschulen wird bereits ab dem Schuljahr 2012/13 anstatt erst 2015/16 erfolgen. Dies hat Ende März der Baselbieter Bildungsrat entschieden. Er schliesst sich damit der Empfehlung des Projektausschusses Bildungsharmonisierung an. Das neue Modell erleichtert die Kooperation mit anderen Kantonen. Es ist ohne Qualitätseinbusse umsetzbar. Für die Schüler bringt es einige Vorteile.

Am 26. September 2010 hat der Baselbieter Souverän den Beitritt zum HarmoS-Konkordat gutgeheissen und damit auch die Einführung zweier Fremdsprachen an der Primarschule bestätigt. Der Baselbieter Bildungsrat hat nun beschlossen, dass diese Einführung bereits im Schuljahr 2012/13 und nicht erst 2015/16 erfolgen soll. Dies in Übereinstimmung mit dem Projektausschuss Bildungsharmonisierung. Ge-



BILD HENRYART-FOTOLIA

mäss klarer Signale von Schulräten, Schulleitungen, Lehrerinnen und Lehrern sowie anhand von Gesprächen mit Projektbeteiligten und Vertretern anderer Kantone lasse sich eine rasche Umsetzung ohne Qualitätseinbusse und Mehrkosten realisieren. Gemeinsam mit BS, SO, BE, FR und VS arbeitet der BL-Projekt-

ausschuss an der Neukonzeption des frühen Sprachenlernens.

Kantonale Synergien

Die sechs Kantone hatten sich alle für die Sprachenfolge Französisch vor Englisch ausgesprochen. Im Verbund erarbeiteten sie einen für alle verbindlichen Lehrplan, der auf der künftig angewandten «Didaktik der Mehrsprachigkeit» basiert. Darüber hinaus entwickelten sie neue Lehrmittel für Französisch und Englisch. Im interkantonalen Austausch verbesserten die Bildungsfachleute auch die Grundvoraussetzungen für die Einführung der Fremdsprachen. Dies wirkt sich auch in Baselland positiv aus.

Die Verbesserungen umfassen die Vorgehensplanung, Kosten, Lehrmittel, Lehrpläne und insbesondere die sprachliche Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer. Lehrpersonen, welche in Zukunft an der Primarschule Fremdsprachen unterrichten, werden sich ihre sprachlichen und didaktischen Kompetenzen in massgeschneiderten Kursen aneignen. BL und BS werden die Kurse gemeinsam bei der Pädagogischen Hoch-

schule einkaufen und so von Kosteneinsparungen profitieren.

Alle Umstellungen in einem Jahr

Schülerinnen und Schüler, welche 2010/11 in die 1. Primarklasse eingetreten sind, sollen erstmals ab der 3. Klasse Französisch-Unterricht und ab der 5. Klasse Englisch-Unterricht erhalten. Diese Kinder sollen auch die ersten sein, die eine 6. Primarschulklasse besuchen. Somit werden alle Neuerungen in einem einzigen Jahrgang eingeführt sein. Damit wird Baselland den weiteren fünf Kantonen mit nur einem anstatt vier Jahren Verzögerung folgen.

Mehrkosten fallen früher an

Der Verpflichtungskredit von 12,5 Mio. Franken wird mit diesem Vorgehen eingehalten. Die Gemeinden werden allerdings früher als geplant mit den ihnen in der Vernehmlassung aufgezeigten Mehrkosten für den zusätzlichen Unterricht konfrontiert. Dies wird Auswirkungen auf ihre Budgets 2012 haben. Der Bildungsrat ist überzeugt, dass Vorteile einer zügigen Einführung der Frühfremdsprachen überwiegen. (Quelle: BKSD BL)

FORTSETZUNG VON SEITE 1

schaft und damit unweigerlich zu noch höheren Preisen, welche die Schweiz gegenüber dem Euro-Raum noch teurer machen. Dabei sind die zusätzlichen Effekte wie zum Beispiel die Beeinträchtigung des für die Schweiz lukrativen Tourismus und Tanktourismus ja noch nicht berücksichtigt – oder gar der gegenteilige Effekt, wenn der Liter Treibstoff z. B. in Deutschland 10 bis 40 Rappen günstiger wird als in der Schweiz.

Zunehmende Wettbewerbsnachteile auch im Inland

Vergessen werden darf dabei auch nicht, dass der KMU-Wirtschaft mit der Personenfreizügigkeit und jetzt auch «dank» dem starken Franken im Wettbewerb mit ausländischen Handwerksunternehmen im Inland immer schlechtere Karten zugesprochen werden. Ausländische Anbieter können mit dem geschwächten Euro in der Schweiz ganz andere Preise offerieren – erst recht, wenn sie dabei mit den bekannten Tricks wie Scheinselbstständigkeit oder mit den «billigen» Arbeitnehmern aus den EU-Oststaaten tätig werden.

So weit die zunehmend schwierigeren Rahmenbedingungen der Schweizer KMU-Wirtschaft, die teilweise «gegeben» sind, aber immer mehr auch «hausgemacht» – geradezu fahrlässig – verschärft werden. Man darf gespannt sein, was in näherer Zukunft noch weiter hinzu kommt angesichts der Tatsache, dass unsere Medien bald täglich eine neue «Sau durchs Dorf treiben», in deren Kielwasser nicht wenige Politiker mitschwimmen und dabei geradezu panikartig in missionarischem Legiferier-Aktionismus nachdoppeln. Es sind ja in Bälde Eidgenössische Wahlen ...

Auch regionales Problem

Es wäre falsch zu glauben, dies sei in erster Linie ein Problem auf Bundesebene. Auch in unserer Region mehrten sich – neben teilweise ohnehin ungünstigen Rahmenbedingungen –



BILD WERKMANN-FOTOLIA

WAHLFIEBER? – Bald täglich wird eine «neue Sau durchs Dorf getrieben». Jedes Augenmass verloren

die regulatorischen Eingriffe auffallend. Und in der Grenzregion trifft es dabei vor allem den Detailhandel, welcher derzeit geradezu existenziell unter der Frankenstärke leidet. So hat der Einkaufstourismus von Herrn und Frau Basler sowie von Familie Baselbieter Richtung Weil, Lörrach und Grenzach «dank» dem starken Franken im vergangenen Jahr um über 15 Prozent zugenommen. Dabei profitieren diese Einkaufstouristen in Deutschland nicht nur von den im Vergleich zur Schweiz ohnehin günstigeren Preisen: Im Lebensmittelbereich dürfte die Differenz bei 10 bis 15 Prozent liegen).

Lohnende MwSt.-Differenz

Wer sich auch noch die deutsche Mehrwertsteuer rückerstatten lässt (und die Schweizer MwSt. hinzu-zahlt), gewinnt nochmals rund 12 Prozent (Lebensmittel rund 5 Prozent). So sind im vergangenen Jahr

rund 2,5 Millionen Mehrwertsteuer-Rückerstattungsbelege für in Deutschland einkaufende Schweizer Kunden registriert worden. Alles in allem und mit dem «Währungsge-winn» durch den starken Franken von rund 15 Prozent sparen also Private mit Einkäufen in der deutschen Nachbarschaft im Vergleich zu Einkäufen in der Schweiz rund 30 Prozent. Happig!

Roter Teppich für Schweizer

Kommt hinzu, dass der grenznahe Detailhandel für die Schweizer Kunden ganz generell den «roten Teppich» ausrollt. Die Kundendienstleistungen in Südbaden sind komfortabel. Für grössere Einkäufe wie zum Beispiel Möbel sorgt der deutsche Anbieter für eine «Frei-Haus-Lieferung» inkl. Verzollung. Und was auch nicht ausser Acht gelassen werden darf: Wer im nahen Deutschland einkauft, findet jederzeit einen Park-

platz, der bei den bekannten Einkaufszentren zu einem grossen Teil kostenlos ist bzw. für den die Parkgebühr beim Einkauf meist gutgeschrieben wird.

Einkaufen in unserer Region ist ein Hürdenlauf

Und bei uns? Zusätzlich zum eklatanten Mangel an Parkiergelegenheiten in Einkaufsnähe – speziell im grössten Einkaufszentrum «Innerstadt Basel» – kommen teils happige Parkergebühren hinzu. Neuerdings werden auch Einkaufszentren im Baselbiet mit immer strengeren, teureren und auch «absurderen» Parkier-Regimes belastet – am liebsten mit dem Deckmäntelchen Umweltschutz.

Wen wundert, dass auch aus diesen peripheren Gründen immer mehr Einkäufe im nahen Deutschland getätigt werden. Die verantwortlichen Behörden (und die sogenannten «Umweltschutzorganisationen») kümmern es herzlich wenig – auch nicht der Umstand, dass die «Vertreibung» der Schweizer Kunden nach Deutschland nicht nur die einheimische KMU-Wirtschaft mit ihren Arbeits- und Ausbildungsplätzen immer mehr beeinträchtigt, sondern insbesondere auch eine deutlich schlechtere Umweltbilanz generiert.

Keine neuen Knüppel!

Fazit: Die Schweiz hat die Finanzmarktkrise recht gut überstanden. Die Wirtschaft «brummt». Dennoch tun unsere Politiker und Behörden gut daran, jetzt nicht mit einem kurz-sichtigen Fokus – zum Beispiel auf die kommenden Wahlen oder auf den trendigen «Öko-Hipe» – jedes Legiferier-Mass zu verlieren sowie mit oft auch absurden Vorschriften und Abgaben die KMU-Wirtschaft ab- oder sogar auszubremsen. Zu den unabänderlichen Knüppeln, die ohnehin zwischen den Beinen der Schweizer KMU liegen, dürfen nicht fahrlässig immer neue in diese Richtung geworfen werden!

Markus Meier
Stv. Direktor Wirtschaftskammer Baselland

KAUTIONSPROBLEMATIK – HWK Freiburg präsentiert ihren Mitgliedern einen guten Weg.

Pragmatische Lösung statt «endlose» Diskussionen

Die Handwerkskammer Freiburg i.Br. hat Anfang April – mit der Einführung neuer Kautionsregelungen in der Schweiz – eine für südbadische Handwerksfirmen pragmatische Lösung zum Kautionsproblem zwischen Deutschland und der Schweiz angekündigt. Ähnlich wie für Schweizer Firmen, die im Zusammenhang mit ihrer Kautionspflicht eine Bankgarantie stellen können, wird dieses Modell jetzt auch in Südbaden angeboten. Die Wirtschaftskammer Baselland – langjähriger enger Partner der HWK Freiburg – begrüsst diesen sinnvollen Vorschlag und dankt der HWK Freiburg bestens für ihre intensiven Bemühungen, anstelle von wenig zielführenden Diskussionen einen gerade auch für die süddeutschen Handwerksfirmen sinnvollen und praktikablen Weg zu finden.

Bürgschaftsmodell

So hat durch Vermittlung des baden-württembergischen Genossenschaftsverbands die «DZ Privatbank (Schweiz) AG» am 1. April ihre

schriftliche Zusage gegeben, für Bürgschaftslösungen zur Verfügung zu stehen. Die Ergebnisse der Verhandlungen des baden-württembergischen Sparkassenverbands werden in diesen Tagen erwartet. Ebenso hat die «Sparkasse Freiburg – Nördlicher Breisgau» Anfang April mit ihrer Partnerbank, der Zürcher Kantonalbank, grünes Licht für eine Bürgschaftslösung gegeben.

Lohnendes HWK-Engagement

Der Einsatz der Handwerkskammer Freiburg, unter den Gegebenheiten der bestehenden Kautionsregelungen die Bedingungen für ihre in der Schweiz arbeitenden Betriebe zu verbessern, hat sich gelohnt. Als ein Ziel verfolgte die Kammer eine kostengünstige Bürgschaftslösung für die Betriebe. «Mit der Zusage können Geschäftskunden der baden-württembergischen Genossenschaftsbanken und der Sparkasse Freiburg – Nördlicher Breisgau ihre Hausbanken endlich mit der Ausstellung einer Bankgarantie beauftragen»,

freut sich **Johannes Burger**, Geschäftsführer der HWK Freiburg. Durch den direkten Kontakt mit der Hausbank bleibe dem Betrieb zukünftig die Stellung der vollen Kautions und die Eröffnung eines Bankkontos in der Schweiz erspart. Burger unterstrich ausserdem in einem Interview mit der «Badischen Zeitung» vom 5. April die Beweggründe für die intensiven Bemühungen der HWK, eine pragmatische Lösung im «Kautionsstreit» zu finden: «Wir sehen unsere primäre Aufgabe nicht darin, Geschäfte mit Grundsatzdebatten (über die Berechtigung der Kautions, Red.) zu blockieren. Wir wollen Geschäfte ermöglichen.» Darüber hinaus sei der HWK Freiburg an einem weiterhin guten Miteinander in der Region gelegen, wie es die HWK (unter anderem mit der Wirtschaftskammer Baselland) seit langem pflege. Man habe auch Verständnis dafür, wenn die Schweiz Lohndumping zu unterbinden versuche. «Dies ist auch im Interesse der HWK Freiburg», hielt Burger im Interview fest.

Ergebnis guter Partnerschaft

Erfreut über diesen Lösungsweg, den die HWK Freiburg gefunden hat, zeigt sich auch Wirtschaftskammer-



HWK-Geschäftsführer Johannes Burger.

Direktor **Hans Rudolf Gysin**: «Ich bin der HWK Freiburg und ihrem Geschäftsführer Johannes Burger sehr dankbar, dass sie – anstelle weiterer Diskussionen – primär zugunsten ihrer Mitglieder einen praktikablen Weg gesucht und nun auch gefunden haben, der den Anliegen beider Seiten entgegenkommt.» Gysin ist darüber hinaus überzeugt, dass die langjährige enge Partnerschaft zwischen der HWK Freiburg und der Wirtschaftskammer zu dieser Lösung beigetragen hat. «Unsere Partnerschaften und damit unsere Gesprächskultur, die wir seit jeher mit badischen Handwerkskammern pflegen, hat diesen Lösungsweg sicherlich gefördert.»

(HWK Freiburg/ebo.)

KOMMENTAR AUF SEITE 1



IMPRESSUM

Herausgeber/Verlag:

Schweizerischer Gewerbeverband sgV,
Schwarztorstrasse 26, Postfach 8166, 3001 Bern,
Tel. 031 380 14 14 – verlag@sgv-usam.ch
Redaktion sgz: Schwarztorstrasse 26, 3007 Bern
Tel. 031 380 14 14 – redaktion@sgv-usam.ch

Regionalbund «Standpunkt»

Herausgeber: Wirtschaftskammer Baselland
■ Arbeitgeber Baselland ■ Unabhängiges Podium
für eine liberale Wirtschaft und Gesellschaft
Haus der Wirtschaft, Altmarktstrasse 96,
4410 Liestal

Tel. 061 927 64 64, Fax 061 927 65 50
Internet: www.kmu.org
e-mail: standpunkt@kmu.org
Verantwortung: Hans Rudolf Gysin, Direktor
Redaktion/Umbruch: Edi Borer (ebo.)
Produktion: IWF, Postfach 633, 4410 Liestal

TSCHAMAUCH

Geschichte ist auch Glückssache ...

Die Initiative für zwei vollwertige Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt hat selbstverständlich auch GegnerInnen dieses Konzeptes aktiviert. So heisst es in Meinungsstatements und Leserbriefen: Zwei Vollkantone in der Eidgenossenschaft seien nun mal wirklich «rückwärts gerichtete Initiativen» oder man habe «eine alte Idee aus dem Keller geholt». Ebenso geschichtsbeflissen gibt sich die CVP, die – wohl ohne Wissen und Zustimmung ihrer meisten Mitglieder – bereits zur wiedervereinigten «CVP beider Basel» mutiert ist. Auch hier der Tenor zur neuen Initiative: «nicht zukunfts-, sondern rückwärtsgerichtet».

Nachhilfe-Unterricht

Nun, der Tschamauch gibts zu: Er war nie eine Leuchte in Geschichte und als – Nichtbaselbieter – schon gar nicht in Baselbieter Heimatkunde. Tröstlich für ihn ist aber, dass dies unter anderen offenbar auch für die «CVP beider Basel» und ihr Nationalratsmitglied gilt. Der Tschamauch hat sich deshalb «schlauer» gemacht und im Heimatkundebuch «s'Baselbiet» Nachhilfe-Unterricht genossen:

Die Idee des Vollkantons mag 20 Jahre her sein. Die von den GegnerInnen der vollwertigen Basler Kantone anvisierte Wiedervereinigung, die ja bekanntlich jetzt von den Baselbieter Behörden mit grossem Kostenaufwand simuliert werden muss, ist aber sehr viel älter und damit noch wesentlich «rückwärtsgerichtet». Denn: 1933 (rechne: vor 78 Jahren!) ist im Baselbiet offenbar eine erste Wiedervereinigungsinitiative lanciert worden. 1936 wurde diese angenommen. 1938 fand der entsprechende Wiedervereinigungsartikel Zustimmung; diesem wurde dann allerdings 1947/48 von den eidgenössischen Räten die Gewährleistung versagt.

11 Jahre Meinungsfindung im Baselbiet

1958 wurde eine neue Wiedervereinigungsinitiative angenommen, weshalb zwischen 1960 und 1969 ein Verfassungsrat beider Basel die Verfassung für einen vereinigten Kanton Basel ausarbeitete. Am 7. Dezember 1969 (rechne: vor über 40 Jahren!) wurde nach einem sehr emotionalen Abstimmungskampf im Baselbiet bei einer über 75-prozentigen Stimmbeteiligung die Wiedervereinigung mit 60 Prozent Nein-Stimmen deutlich abgelehnt (in BS stimmten rund 66 Prozent für die Wiedervereinigung bei einer Stimmbeteiligung von rund 44 Prozent).

Uralte Idee – schlechte Erfahrungen

Wenn der Tschamauch mit seinen zehn Fingern hoffentlich richtig gerechnet hat, ist die Wiedervereinigung (neudeutsch: Fusion) tatsächlich eine geradezu uralte Idee, zu der sogar schon ein klares, im Baselbiet negatives Volksverdict vorliegt – im Gegensatz zur neuen Initiative für zwei vollwertige Basel in der Eidgenossenschaft.

Der Tschamauch hat im Übrigen die verschiedenen Volksabstimmungen zur neuen Kantonszugehörigkeit des Laufentals in unvergesslicher Erinnerung. Auch dort war man anfänglich einem Anschluss an Basel-Stadt bzw. Baselland zunächst sehr gewogen. Als es dann aber – mit enormen Meinungsdivergenzen in der Laufentaler Bevölkerung – zur Sache ging, scheiterte zuerst der Anschluss an Baselland. Es war nur dem unbotmässigen Verhalten der Berner «zu verdanken», dass die Abstimmung wiederholt werden musste und dann der Anschluss knapp zustande kam.

Fazit: Wer geschichtliche Wertungen für sich in Anspruch nimmt, tut gut daran, sich vorher historisch kundig zu machen. Immerhin: Der Tschamauch ist dank seinem Nachhilfe-Unterricht in Baselbieter Heimatkunde wieder ein kleines bisschen gescheiter geworden. Und dafür muss der Tschamauch nicht zuletzt der «CVP beider Basel» doch eigentlich dankbar sein, oder?

Tschamauch

LINK

www.geschichte.bl.ch

Abonnement im Mitgliederbeitrag inbegriffen

Adressänderungen:

Bitte an Wirtschaftskammer Baselland

e-mail: standpunkt@kmu.org

Abdruck von Textbeiträgen mit vollständiger Quellenangabe ist erlaubt.

BASELSTADT AKTUELL

JUNIOR JOB SERVICE – Baselbieter Lehrstellendrehkreise wieder aktiv. Vermittlung auch für Baselbieter Betriebe

Vom 4. April bis 1. Juli 2011 bietet in Birsfelden die Jugendberatungsstelle «wie weiter?» des Baselbieter Amtes für Berufsbildung und Berufsberatung erneut die Lehrstellenvermittlung «Junior Job Service» an. Schülerinnen und Schüler der 9. und 10. Klasse, die auf der Suche nach einer Lehrstelle sind und die im Kanton Basel-Landschaft wohnen, können sich an den «Junior Job Service» wenden. Sie finden Unterstützung im Bewerbungsprozess, und es werden ihnen weitere Möglichkeiten bei der Lehrstellensuche aufgezeigt.

Die Lehrstellenvermittlerinnen nehmen zudem Kontakt zu Ausbildungsbetrieben auf, um für geeignete Kandidatinnen und Kandidaten zu werben. Anmeldungen für Beratungstermine sind telefonisch oder per E-Mail möglich. Am Mittwoch zwischen 14 und 16 Uhr finden zwischen dem 4. April und 1. Juli 2011 zudem Fragestunden statt, die ohne Voranmeldung besucht werden können.

Unterstützung auch für Betriebe

Der «Junior Job Service» ist aber auch für Lehrbetriebe da! Firmenverantwortliche, die ihre Lehrstelle noch nicht besetzen konnten oder schon länger mit dem Gedanken spielen, einem jungen Menschen eine Ausbildung zu ermöglichen, können Kontakt mit der Lehrstellenvermittlerin **Nathalie Bender** aufnehmen (Tel. 061 552 79 74, Mail: juniorjobservice@bl.ch

LINK

www.afbb.bl.ch

REGIERUNGSRAT – Anpassung der Energieetikette für PW begrüsst.

Zustimmung mit Vorbehalten

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft begrüsst in seiner Vernehmlassungsantwort an das UVEK den Änderungsentwurf der Energieverordnung (EnV) über Angaben auf der Energieetikette von neuen Personenkraftwagen.

Allerdings führt die Regierung Vorbehalte an: Problematisch ist die gewichtsrelativierende Bewertung der Fahrzeuge, weil die umweltschonendsten und emissionsärmsten Fahrzeuge auch zukünftig nicht zwingend in der Klasse A zu finden sind, währenddessen schwere, vergleichsweise emissionsintensive Fahrzeuge fragwürdigerweise zur A-Klasse gehören können.

Die vorgeschlagenen Anpassungen bevorzugen ausserdem die lufthygienisch problematischen Dieselfahrzeuge. Schliesslich wünscht die Regierung, dass der Geltungsbereich der Energieetikette von den Personenkraftwagen schrittweise auch auf weitere Fahrzeugkategorien (wie Lieferwagen, leichte Nutzfahrzeuge, Kleinbusse, Motorräder) ausgeweitet werden soll.

(Quelle: Reg BL)



Detaillierte Auskünfte über den Treibstoffverbrauch der meisten Automodelle in der Schweiz gibt eine Broschüre des TCS Schweiz.

POLITIKKOLUMNE

Hochkonjunktur für Plauderi

Gegen fünfzig National- und Ständeräte wollen diesen Herbst nicht mehr zur Wiederwahl antreten. Auf deren Sitze lauern ganze Hundertschaften zwischen Basel bis Chiaso und Genf bis Romanshorn. Wer kandidiert, ist unschwer auszumachen, wenn man genau hinhört, wie im Wahljahr 2011 geredet wird. Wo die Modewörter «lösungsorientiert, proaktiv, nachhaltig» fallen, sind meist «Plauderi» am reden, die sich wie Politiker aufplustern – dabei wissen sie (wie ihre Vorgänger) selten bis nie, wovon sie reden und was sie damit (nicht) sagen.

Beim Wort genommen, sieht die Sache so aus: Linksgrüne und Mitte-Vertreter haben den Narren gefressen an der bis zum Überdruß strapazierten Leerformel von ihrer Bereitschaft zur «lösungsorientierten Politik». Damit meinen sie natürlich, ihr eigener Lösungsvorschlag für gleichgültig was sei der einzig richtige. Wer anderer Meinung ist, dem wird unterstellt, er habe überhaupt keine Lösung anzubieten. Was aber steckt dahinter?

Lösungsorientierung ist eine psychotherapeutische Arbeitsweise, die davon ausgeht, Probleme effizient lösen zu können, ohne dass man deren Ursachen kennen müsse. Man geht also nicht von Problemen aus, sondern bezeichnet Ziele, plant Schritte zur Umsetzung und verstärkt Entwicklungen, die sich ohnehin abzeichnen (Quelle: Wikipedia). Man geht von der Überzeugung aus, dass es hilfreicher sei, sich auf Wünsche, Ziele, Ressourcen usw. zu konzentrieren anstatt sich mit Problemen und deren Entstehung zu befassen. Allein schon daraus ist ersichtlich: Eine ungeeignete Methode zur Problemlösung als das Verdrängen von Problemursachen können Politiker eigentlich gar nicht anbieten. Gerade im gruppendynamischen Prozess der politischen Willensbildung gehts eben nicht ohne



Peter Amstutz ist akkreditierter Bundeshausredaktor. Er war lange Jahre Leiter der Bundeshausredaktion der BaZ.

Der Autor vertritt in dieser Kolumne seine persönliche Meinung.

analytische Vorarbeit. Lösungsorientiert? Hände weg, kann man nur raten!

Noch so ein Wort: «proaktiv». Dieser bei Freunden des nichtssagenden Politjargon so beliebte Ausdruck steht angeblich für vorausschauendes Handeln. Bei genauerem Hinsehen entpuppt er sich als Modewort aus dem Lateinischen. «Pro» heisst «für», «aktiv» bedeutet «tätig» sein. Zusammen ergibt das einen Unsinn. «Präaktiv» müsste es heissen – wenn schon... Der Fremdwörter-Duden kennt das Unwort seit 2003. Proaktivität bezeichnet demnach einen Sachverhalt, der mit «Planung» oder «planmässig» verständlicher umschrieben werden könnte. «Oft wird das Wort floskelhaft und inhaltsleer

verwendet», liest man bei Wikipedia. Richtig! Neuerdings findet man «proaktiv» auch in Stellenanzeigen. Gemeint ist die Fähigkeit zu vorausschauendem, initiativem Handeln. Vor «proaktiven» Politikern jedenfalls kann nicht genug gewarnt werden. Gefährlicher sind nur noch die «präaktiven». Beiden ist gemeinsam, dass sie keine Ahnung haben, wovon sie reden und was sie eigentlich sagen wollen.

Damit zum nachhaltigsten aller Modewörter, die Politiker bis zum Überdruß ihrer Wählerschaft missbrauchen: Es heisst «nachhaltig». Nachhaltigkeit beschreibt die Nutzung eines regenerierbaren Systems in einer Weise, dass dieses System in seinen wesentlichen Eigenschaften erhalten bleibt und sein Bestand auf natürliche Weise erneuert werden kann. In der Wald- und Forstwirtschaft versteht man das als selbstverständlichen Dauerauftrag, immer nur maximal so viel Holz zu schlagen, dass dank Nachwuchs der Gesamtbestand der Bäume nie kleiner werden kann.

In der politischen Debatte wird das von der deutschen Enquete-Kommission «Schutz des Menschen und der Umwelt. Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung» erstmals verwendete Wort seit 1995 systematisch missbraucht. Inzwischen nutzen es praktisch sämtliche Parteien im deutschsprachigen Europa. Jeder Quatsch hat nachhaltig zu sein – und schon fragt kein Mensch mehr nach dessen wirklichem Nutzen oder gar nach den Kosten. «Entwicklung zukunfts-fähig machen» ist die Steigerungsform von nachhaltig.

Also: Hände weg von Kandidaten, die proaktiv lösungsorientiert zu Werke gehen wollen. Am besten streicht man sie nachhaltig von der Liste...

ABGABENERHÖHUNGEN – TCS lehnt Vorhaben des Bundesrates strikte ab.

Kein zusätzlicher «Opfergang» der Strasse

Der TCS Schweiz lehnt in seiner Vernehmlassung zur Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur jegliche Erhöhung der Strassenabgaben (Vignette und Treibstoffe) strikte ab. Der TCS schliesst zudem aus, dass der sogenannte «NEAT-Viertel» – der zeitlich begrenzte ausserordentliche Beitrag der Strassenbenützer an die Finanzierung der Alpentransversalen – über die Fertigstellung der NEAT hinaus verlängert wird. Der Verkehrsverband lehnt es zudem ab, dass Pendler bestraft werden, die mit ihrem Privatfahrzeug zur Finanzierung des öffentlichen Verkehrs beitragen sollen. Aus Sicht des TCS ist der Bau der Bahninfrastruktur Aufgabe des Bundes, die aus der allgemeinen Bundeskasse finanziert werden muss. Die Betriebskosten müssen dann von den ÖV-Benützern getragen werden.

Erst Reserven ausschöpfen

Grundsätzlich lehnt der TCS jede zusätzliche Abgabe zulasten der individuellen Mobilität ab, solange nicht der derzeitige Saldo der Strassenkasse aufgebraucht ist. Aktuell beträgt die Reserve noch 2,8 Mrd. Franken. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass der Fonds demnächst zur Neige geht. Er erlaubt es vorderhand, die Infrastruktur zu finanzieren ohne neue Steuern zu erheben. Für den TCS kommt deshalb die weitgehende Finanzierung des öffentlichen Verkehrs durch die Strassenbenützer nicht in Frage. Zudem sollte die ausserordentliche Beteiligung der Strassenbenützer an der Finanzierung der Alpentransversalen (ein

Viertel der NEAT-Kosten!) ein Einzelfall bleiben. Das Verursacher-Prinzip sollte auch hier zum Tragen kommen.

Schluss mit öv-Querfinanzierung

In diesem Sinne plädiert der TCS dafür, dass das Prinzip der Querfinanzierung des öffentlichen Verkehrs durch die Strassenbenützer nicht weiter ausgedehnt wird. Die Strasse trägt bereits heute zur Fi-

nanzierung des öffentlichen Verkehrs (NEAT, Kombi-Verkehr, Bahnprojekte in den Agglomerationen) mit einem Betrag in der Höhe von 1 Mrd. Franken bei. Rechnet man die LSWA noch mit ein, so sind es sogar 2 Mrd. Franken. Auch erinnert der TCS daran, dass der Benützer des öffentlichen Verkehrs keine 50 Prozent seiner Gesamtkosten trägt, wogegen der Strassenbenützer diese zu 90 Prozent decken.

Pendler nicht abstrafen!

Schliesslich widersetzt sich der TCS auch der Abschaffung der Steuerabzüge für Pendler, da diese auf ihr eigenes Fahrzeug angewiesen sind, um ihrem Beruf nachzugehen. Ein Ende der Abzüge käme de facto einer Steigerung der Arbeitskosten, einer Bestrafung der Arbeitnehmer in den Randregionen und somit einer Schwächung der Volkswirtschaft gleich.

(Quelle: TCS Schweiz)

LINK

www.tcs.ch



Doppelpack.

Hier kommt die Betriebswirtschaft für Ihren Alltag. Ihre berufliche Kompetenz – ob Gewerbe oder Industrie – wird erst durch den Fachausweis Technische Kaufleute vollständig.

Mehr auf

www.bildungszentrumkvbl.ch/kompetenz

Bildungszentrum. Aufwärts, bitte.



GLOSSE «KUNDENDIENST»

Cablecom:
Ist der Ruf erst
ruiniert ...

Der Ärger begann zwei Jahre nach Bezug einer Wohnung mit cablecom-Anschluss. Zwei Rechnungen über fast 500 Franken sollten bezahlt werden. Dabei war die cablecom-Steckdose unbenutzt, weil die ganze Radio-TV-Telefon-Versorgung über die Swisscom lief. Also ab in den Papierkorb mit dem Wisch. Anderthalb Jahre später doppelte cablecom mit einer ersten Mahnung nach (dreissig Franken Mahnspesen). Zugleich wurde gedroht, ohne Geld «könnte eine Unterbrechung des von Ihnen beanspruchten Services die Folge sein». Macht nichts, es wird ja kein Service beansprucht.

Bezahlen, wenn man nichts schuldet?

Zwei Monate später die zweite Mahnung (50 Franken Mahnspesen): «Bitte begleichen Sie den ausstehenden Betrag unmittelbar nach Erhalt dieses Schreibens oder setzen Sie sich mit unserem Kundendienst in Verbindung.» Wozu, wenn man doch gar nicht Kunde ist? Ob die endlich begriffen haben, dass nichts bezahlt wird, wenn man nichts schuldig ist? Die sogenannten «rechtlichen Schritte», vor denen sich niemand zu fürchten braucht, der im Recht ist, wurden inzwischen einem national bekannten Inkassobüro mit einschlägigem Ruf übergeben. Die Forderung hat sich mit «Kundenkosten, Zinsen und Verzugschaden gemäss Artikel 106 OR» von gut 500 auf über 800 Franken erhöht. Die Inkassofritzen verstehen es, den Zaunpfahl wie eine Keule zu schwingen: «Möglicherweise sind Ihnen die Konsequenzen des Nichtbezahls nicht bewusst, aber steigende Kosten sowie Einträge in Bonitätsdatenbanken können sich nachteilig auf künftige Geschäfte wie auch auf Job- oder Wohnungssuche auswirken.» Zwanzig Tage später wird definitiv blöd: «Verhindern Sie mit einer Zahlung in den nächsten fünf Tagen einen Rückfall in die kommunikative Steinzeit. (...) Wir bieten Ihnen zusätzlich die Möglichkeit, einen Teilzahlungsvorschlag einzuzureichen.»

Jetzt wirds absurd

Ein paar Wochen später flattert von cablecom eine weitere Rechnung in den Briefkasten. Zurück an den Absender mit der Notiz: «Bin nicht Kunde von cablecom.» Und nun wirds absurd. Das Inkassobüro schickt eine Abrechnung: «Wir wurden darüber informiert, dass Sie die Rechnungen direkt bei unserem Kunden begleichen haben. Besten Dank dafür! Bitte, keine Ursache, es wurde ja gar nichts bezahlt! Dann kommts knüppeldick: Es werden «verbliebene Kundenkosten» von fast 300 Franken in Rechnung gestellt, «damit Ihr Fall definitiv abgeschlossen werden kann.»

Einen Tag später (!) kommt von den Einkassierern eine Abschlussbestätigung: «Wir bedauern die Ihnen entstandenen Unannehmlichkeiten ausserordentlich und bestätigen hiermit, dass der Inkassofall bei uns definitiv abgeschlossen ist. Sämtliche Einträge zu diesem Fall wurden gleichzeitig in unserer Bonitätsdatenbank gelöscht.» Na also, geht doch... Zum Finale der Geschichte liess cablecom per «Kündigungsbestätigung» verlauten: «Wir bedanken uns für Ihre Kundentreue recht herzlich. (...) Sollten Sie in naher Zukunft wieder einen Kabelfernsehanschluss wünschen, wenden Sie sich bitte an unseren Kundendienst.»

Besser, wenn nur die Verpackung ändert?

Ganz bestimmt nicht! Lieber keinen Anschluss als einen Kabelpartner, über den die «NZZ» am 3. September 2009 schrieb: «Der neue Chef des grössten schweizerischen Kabelnetzunternehmens Cablecom unterläge einem Trugschluss, wenn er sich mit der beabsichtigten Namensänderung allein ein Ende der Kundendienstprobleme erhoffen würde. (...) In einem derart auf die Bedürfnisse fast aller Konsumenten ausgerichteten Geschäft gilt das geflügelte Wort 'Ist der Ruf erst ruiniert, lebt es sich ganz ungeniert eben nicht. (...) Noch lange werden die unzufriedenen Kunden in der Schweiz von der «ehemaligen Cablecom» sprechen, wenn sie ihrem Ärger Luft machen wollen.» Stimmt!

Peter Amstutz

(Der Verfasser ist akkreditierter Bundeshaus-Redaktor und war Leiter der Bundeshaus-Redaktion der Basler Zeitung. Er vertritt in dieser Glosse seine persönliche Meinung.)

VERJÜNGUNG – Mutationen bei KMU Laufental.

Junger visionärer Präsident

Der Gewerbeverein KMU Laufental setzt erneut Massstäbe: Er ist im Baselsbiet nicht nur flächenmässig, sondern auch mit über 300 aktiven Mitgliedern die grösste lokale KMU-Vereinigung. Mit der Wahl des 24-jährigen Informatikers **Marc Scherrer** zum neuen Präsidenten verfügen die Laufentaler Gewerbetreibenden – zumindest in der Baselsbieter KMU-Wirtschaft – über die jüngste Vereinsspitze.

Bewegende vier Jahre

Als die damalige Landrätin **Juliana Nufer** als Quereinsteigerin vor vier Jahren das Präsidium des Laufentaler Gewerbevereins übernommen hat, machte sie deutlich, dass sie dieses Amt längstens für vier Jahre ausüben werde. Eine Frau, ein Wort: Die mittlerweile zur Laufner Stadträtin avancierte Frau Nufer erklärte im Hinblick auf die diesjährige GV ihren Rücktritt. Nufer übergibt ein gut bestelltes Haus, wie sich das für eine Treuhänderin auch gehört. Vizepräsident **Martin Schindelholz**

würdigte die Arbeit und Verdienste der abtretenden Präsidentin und hielt mit ihr Rückschau auf vier wichtige, zum Teil auch sehr bewegende Jahre: Kaum hatte Nufer das Präsidium angetreten, wurde das Laufental vom «Jahrhundert-Hochwasser» heimgesucht, das viele Gewerbebetriebe in Mitleidenschaft gezogen hat. Damit verbindet Nufer aber auch eine sehr positive Erfahrung: Die Solidarität innerhalb des Gewerbevereins.

Verschiedene Höhepunkte

Es sind aber auch weitere erfreuliche zu verzeichnen: das 20-Jahre-Jubiläum des Gewerbevereins, die Schaffung eines politischen Netzwerkes mit dem jährlich stattfindenden Behörden-Apéro, gemeinsame Projekte mit der Promotion Laufental und natürlich die Gewerbeausstellung AGLAT im Jahre 2009, die unter dem OK-Präsidium von Landrat **Georges Thüring** zu einem noch nie dagewesenen Erfolg wurde. Aus-

serdem: der Mitgliederbestand hat die 300er-Marke überschritten.

Präsidiale Visionen

Mit der Wahl des 24 Jahre jungen **Marc Scherrer** zum neuen Präsidenten und dem ebenso jungen **Daniel Fiechter** zum neuen Vorstandsmitglied verjüngt sich die Vereinsleitung markant. Ebenso jungdynamisch gestalten sich die Visionen des neuen Laufentaler Gewerbechefs: Er will Grenzen abbauen und künftig eine engere Zusammenarbeit mit allen umliegenden Gewerbevereinen pflegen. Kantonsgrenzen sollen bei ge-

meinsamen Projekten keine Rolle spielen.

Zur Mitgliederzahl hat Scherrer ambitionöse Ziele: Der heute 310 Mitglieder zählende Verein soll im Jahre 2014 deren 450 zählen. Laut Scherrer hat das Laufental ein Potenzial von mindestens 600 Firmen.

Der Gewerbeverein soll künftig noch näher bei seinen Mitgliedern agieren und für sie noch mehr Nutzen bringen. Dementsprechend will Scherrer auch vermehrt Dienstleistungen anbieten oder jene des kantonalen Dachverbandes aktiver bekannt machen und vermitteln. *MWB.*



Stabsübergabe bei den KMU Laufental: Der neue Präsident Marc Scherrer mit Vorgängerin Juliana Nufer.

ARLESHEIM – Teilnehmerrekord an der AGIV-GV.

AGIV wächst erfreulich

Der Arlesheimer Gewerbe- und Industrieverein (AGIV) entwickelt sich in zunehmendem Mass rekordverdächtig. Einerseits nahmen noch nie so viele Teilnehmer an einer Generalversammlung teil, wie in diesem Jahr in den Räumlichkeiten der «Stiftung zur Obesunne». Anderer-

seits konnte bei der Mitgliederzahl die magische 200er-Grenze überschritten werden. Der sehr aktive und in Arlesheim breit verankerte AGIV zählt mittlerweile 206 Mitglieder, wie Präsident **Valentin Hänggi** mit berechtigtem Stolz verkünden konnte.



Teilnehmerrekord an der GV des Arlesheimer Gewerbe- und Industrievereins AGIV.

Gutes politisches Netzwerk

Mit Gemeindepräsident **Karl-Heinz Zeller** und den Gemeinderäten **Ruedi Brandenberger**, **Anton Fritschi** und **Martin Kohler** nahm die Mehrheit der lokalen Exekutive an der AGIV-Generalversammlung teil und bekundete so die engen und guten Beziehungen, die zwischen Gemeindebehörden und Gewerbeverein bestehen. Dies wurde vom gemeinderätlichen Standortverantwortlichen **Martin Kohler** in seiner Grussbotschaft ausdrücklich bestätigt.

Der AGIV trage wesentlich zu einem lebendigen Arlesheim bei. Im Gegenzug sei es für die Gemeinde selbstverständlich, dass sie im Rahmen der Submission zuerst die einheimischen Anbieter berücksichtige. **Kohler** wies auch auf die Entwicklung des Gewerbe- und Industriegebietes Tal hin, zu welchem der Gemeinderat demnächst ein neues Verkehrskonzept vorlegen werde.

Gewerbeschau im Tal

Der für ein Jahr wiedergewählte Präsident **Valentin Hänggi** will die Attraktivität des AGIV nicht nur beibe-

halten, sondern auch steigern. Mit dem neuen Mitgliederbuch, das in diesen Tagen in alle Haushaltungen von Arlesheim verteilt werde, präsentierte sich der Verein und seine Mitgliedsfirmen auf eine sehr anschauliche und sympathische Art. Mit einem speziellen Werbeflyer sollen zusätzliche Mitglieder gewonnen werden, so dass die nun erreichte 200er-Marke weiter ausgebaut werden könne. Neben der Generalversammlung soll mindestens ein zweiter grosser Anlass stattfinden, wo sich alle Mitglieder treffen könnten. Der Vorstand lege ausserdem grossen Wert auf ein funktionierendes Netzwerk, von dem alle Mitglieder aktiv profitieren sollen.

Neben einem geselligen Sommer-Event fände deshalb in Ergänzung zum Adventsmarkt ab diesem Jahr auch ein besonderer Weihnachts-Event statt. Und für die zwei kommenden Jahre plant die äusserst aktive Vereinsleitung die Durchführung einer Gewerbeschau im sich rasant entwickelnden Gewerbe- und Industriegebiet Tal. *MWB.*

BILANZ – Positiver Abschluss für die DCC AG.

Erfreuliches Geschäftsjahr

Die Schulungsorganisation des Regionalen Fahrlehrerverbandes (RFB) kann auf ein erfreuliches Geschäftsjahr zurückblicken. Die «Drivers Competence Centre AG» (DCC), die auch von der Wirtschaftskammer Baselland mitgetragen und unterstützt wird, bietet Aus- und Weiterbildungsanlässe für den motorisierten Privatverkehr an. Die Organisation und Durchführung der Zweiphasenausbildung – des obligatorischen Unterrichts für Neulenkern – sind das wichtigste DCC-Angebot. Dazu beschäftigt die DCC mittlerweile 13 Kurs-Moderatoren. Die Fahrstrecken in Frick und Develier (JU) werden aber auch für die Schulung von Motorfahrzeug-Lenkern aller Altersklassen genutzt. So findet auch eine enge Zusammenarbeit mit den Verkehrsverbänden ACS und TCS statt.

Deutlich mehr Kursteilnehmer

An der kürzlich in Pratteln durchgeführten GV konnte Verwaltungsratspräsident **Felix Knöpfel** den Aktionä-

ren ein sehr positives DCC-Geschäftsjahr präsentieren: An den zwei Kurstagen im Rahmen der Zweiphasenausbildung nahm – im Vergleich zu 2009 – fast ein Viertel mehr Teilnehmer teil. Im Gegensatz zu den schwierigen Startjahren – die DCC AG wurde Mitte 2006 gegründet – schloss denn auch die Jahresrechnung mit einem erfreulichen Mehrertrag ab.

Inzwischen konnten auch noch bestehende Gründungsverbindlichkeiten getilgt werden, so dass die DCC AG ihre Zukunft auf einer soliden wirtschaftlichen Basis anpacken kann. So wurden Geschäftsbericht und Jahresrechnung von den Aktionären einstimmig gutgeheissen. Das bisherige VR-Mitglied **Friedrich Häring** wurde für eine weitere Amtszeit wiedergewählt.

Hauptziel: eigene Fahrpiste

Für das bereits laufende Geschäftsjahr 2011 formulierte **Felix Knöpfel** zwei Hauptziele: Die Teilnehmerzahl

an den Neulenkern soll erneut um rund 20 Prozent gesteigert werden. Deutlich forcieren will die DCC AG ihre Refresher-Fahrkurse. Dazu findet auch eine enge Zusammenarbeit mit der regionalen TCS-Sektion statt.

Solche Kurse richten sich laut DCC-Geschäftsführer **Markus Lüthi** an alle Personen, «die bereits seit mehreren Jahren den Führerschein besitzen, sich ihrer Eigenverantwortung im Verkehr bewusst sind und daher ihr eigenes Fahrverhalten verbessern wollen». Zudem will sich das DCC – ebenfalls in Kooperation mit ACS und TCS – im Bereich von Eco-Drive-Kursen engagieren.

Das für den langfristigen Unternehmenserfolg wohl wichtigste Projekt, der Betrieb einer eigenen Kurspiste, konnte bislang nicht realisiert werden. Obwohl verschiedene grundsätzlich geeignete Gelände im Fricktal, im Raum Frenkendorf und im Laufental vorevaluiert wurden, kam es bislang noch nicht zu einem tragbaren Abschluss. Verwaltungsrat und Geschäftsleitung hoffen, dass die DCC AG im fünften Betriebsjahr in dieser zentralen Frage einen entscheidenden Schritt weiterkommt. *MWB.*



Erfreuliches Jahresergebnis für DCC-Verwaltungsratspräsident Felix Knöpfel.

LIFE SCIENCES

VORANZEIGE – 4. Europäischer Kongress in Basel.

Nanomedizin: Grenzen und Möglichkeiten

Nach drei Konferenzen für klinische Nanomedizin organisiert die Europäische Stiftung für Klinische Nanomedizin (CLINAM) vom 23. bis 25. Mai 2011 im Congress Center Basel ihre vierte Konferenz.

Die «European Conference for Clinical Nanomedicine 2011» (CLINAM 2011) ist dieses Jahr für Nanomedizin die grösste in Europa stattfindende fachübergreifende Plattform für lösungsorientierte Diskussion zwischen Medizinern und Wissenschaftlern aus Biologie, Physik, Biochemie, Chemie, Medizin, Nanotechnologie, Materialwissenschaft und Technik sowie für die Zulassungsbehörden und die Industrievertreter und die Gesundheitsbehörden.

Vielfältiges und vertiefendes Kongressprogramm

CLINAM 2011 wird von einer überschaubaren industriellen Foyer-Ausstellung mit Pionier-Unternehmen und kleinen Start-ups im Bereich Nanomedizin sowie mit einem «Universitätsdorf» ergänzt, wo die europäischen Universitäten ihre Forschungsergebnisse zeigen werden. Erwartet werden 500 Teilnehmer aus vielen Ländern zu dieser internationalen Zusammenkunft zwischen Experten aus dem Technologiebereich, der Forschung, der Klinik, der Politik und den Interessenvertretern der Industrie und Behörden. Auch erste Venture-Kapital-Unternehmen haben Delegierte zur Konferenz angemeldet.

DETAILLIERTE INFORMATIONEN ZUM KONGRESSPROGRAMM INKL. ANMELDEDETAILS UNTER:

LINK

www.clinam.org

ECHO

Hysterisch und realitätsfern?

Frontartikel «Was wollen wir eigentlich?», Standpunkt Nr. 308 vom 25. März 2011 und weitere Beiträge.

Im Moment herrsche eine gewisse Atom-Hysterie, später werde man die Frage wieder nüchterner beurteilen. So oder ähnlich reklamieren Befürworter der Atomenergie die Nüchternheit für sich. Die Meldungen aus Japan konfrontieren uns täglich mit den furchtbaren Konsequenzen der Atomtechnologie. Wir sind nicht mehr fähig, unsere «Apokalypse-Blindheit» (Günther Anders) aufrechtzuerhalten, kurz: Wir sind ernüchert. Aber sind wir nicht erst als Ernüchterte nüchtern?

Wer an der Atomtechnologie festhalten will, muss das Ausmass ihrer furchtbaren Konsequenzen ausblenden. Zu diesem Verdrängungsakt gehört, dass man diejenigen, die sich aufgrund ihrer Empathiefähigkeit gegen das Verdrängen und Vergessen wehren, als hysterisch und realitätsfern bezeichnet.

Matthias Bertschinger, Nunningen

KONTROLLEN – Die ZPK nimmt vermehrt auch den Arbeitssicherheits- und Gesundheitsschutz auf den Baustellen in Baselland unter die Lupe.

Arbeitsplatz-Sicherheit wird zu wenig ernst genommen



Fehlende Treppengeländer in Neubauten sind häufig Realität. Ein falscher Schritt – und ein Bauarbeiter könnte vier Stockwerke tief stürzen und sich dabei schwere Verletzungen zuziehen.

BILDER ZPK

Dachdecker in einfachen Turnschuhen – ungesichert auf einem vierstöckigen Einfamilienhaus, Plattenleger beim Fräsen oder Zuschneiden von Platten ohne Mundschutz und Schutzbrille, Bauarbeiter bei Abbrucharbeiten ohne Schutzhelme, Gartenarbeiter beim Rasentrimmen ohne Gehörschutz, fehlende Schutzgeländer bei Treppen, offene und ungesicherte Gruben oder unabgesperrte Baustellen in einem Wohnquartier mit spielenden Kindern nebenan: Was ziemlich fahrlässig und gefährlich klingt, sind Situationen, welche Baustellenkontrolleure der Zentralen Paritätischen Kontrollstelle (ZPK) täglich auf ihren Kontrolltours in der Region antreffen.

Paritätisches Vollzugsorgan

Seit einem halben Jahr führt die ZPK deshalb vermehrt Kontrollen im Bereich Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz durch. Sie ist das von den Sozialpartnern (Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften) errichtete und gemeinsam getragene Vollzugsorgan für die allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträge in den Branchen des Ausbaugewerbes in den Kantonen Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn und somit legitimiert – neben den Mindestlohnbestimmungen –, die Einhaltung der Vorschriften über die Arbeitssicherheit und den Ge-



Zentrale Paritätische Kontrollstelle



Verband Schweizer PSA-Anbieter
Association suisse d'entreprises EPI
Associazione svizzera di ditte per DPI
Association of Swiss PPE Suppliers

sundheitsschutz in den Betrieben sowie auf Baustellen zu kontrollieren und durchzusetzen.

Hohe Verstossquoten im Bereich Arbeitssicherheit

Die im Jahr 2010 durchgeführten Kontrollen der ZPK bestätigen, dass es notwendig ist, zukünftig vermehrt die Arbeitssicherheit und den Gesundheitsschutz zu überprüfen. Die ZPK führte rund 2500 Kontrollen bei in- und ausländischen Betrieben durch.

Das Ergebnis ist erschreckend: Die Verstossquote im Bereich der Arbeitssicherheit lag bei über 70 Prozent! Diese hohe Verstossquote zeigt deutlich, dass bis vor kurzem noch zu wenig bis gar keine Kontrollen im Bereich der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes durchgeführt worden sind.

Die häufigsten Ursachen für den fahrlässigen Umgang mit der Sicherheit sind zum einen, dass die Gefahren in der Baubranche nach wie vor unterschätzt werden. Oft sind die Bauarbeiter schlicht und einfach zu bequem, um die nötigen Schutzvorkeh-

rungen zu treffen bzw. die notwendige Persönliche Schutzausrüstung (PSA) zu tragen. Zum anderen stehen die Baubetriebe meistens unter einem enormen Zeitdruck, und es wird natürlich auch versucht, an allen möglichen Orten zu sparen. Kommt hinzu, dass ein Grossteil der Betriebe in unserem Land KMU sind, in denen zum Teil die ganze Familie eingespannt wird. Solchen Betrieben fehlt es meist an den nötigen Ressourcen, um sich mit der Thematik Arbeitssicherheit vertieft auseinanderzusetzen, zumal in diesem Zusammenhang schlicht auch zu wenig KMU-freundliche Präventionsmassnahmen bzw. Schulungen angeboten werden.

Wie wichtig allerdings das Tragen einer PSA sein kann, wird leider oft-

mals erst nach einem Unfall bewusst. Arbeitsausfälle oder unter Umständen gar lebenslängliche Beeinträchtigungen und damit verbundene Kosten in Millionenhöhe sind dann die Folge.

Arbeitsunfälle verhindern!

Jedoch kann auch eine defekte oder falsch eingesetzte PSA zu schweren Verletzungen führen, zum Beispiel das Tragen von Handschuhen bei Arbeiten mit rotierenden Maschinen wie Handkreissäge oder Bohrmaschine. Die Gefahr des Einzugs durch rotierende Maschinenteile ist hier besonders hoch und kann für den Betroffenen schlimme Folgen haben.

Um solche Unfälle zu vermeiden, arbeitet die ZPK seit einiger Zeit mit «swiss safety» zusammen, dem Schweizer Branchenverband der führenden Hersteller und Importeure von persönlichen Schutzausrüstungen. Gemeinsam setzen diese sich dafür ein, dass der Arbeitssicherheit mehr Beachtung geschenkt wird.

Die Baustellenkontrolleure der ZPK machen die Betriebe und deren Arbeitnehmer direkt vor Ort auf mögliche Gefahren aufmerksam. Fehlere Betriebe haben die Möglichkeit, sich von den Mitgliedern von «swiss safety» über den richtigen Einsatz der verschiedenen Ausrüstungen kostenlos beraten zu lassen. Denn: Investitionen in die Sicherheit kommen sowohl dem Arbeitgeber als auch dem Arbeitnehmer zugute und lohnen sich auf jeden Fall.

Bernadette Liniger

EIN BEZUGSQUELLEN-VERZEICHNIS FÜR DIE VERSCHIEDENEN SCHUTZAUSRÜSTUNGEN SOWIE WEITERE INFOS ZUM THEMA SIND ZU FINDEN UNTER:

LINK

www.swiss-safety.ch
www.z-p-k.ch



diga
möbel

Büro-Kompetenz

diga ist das Kompetenz-Zentrum für die KMU. Wir planen Ihr Büro, vom einfachen Schreibtisch bis zur komplexen Bürolandschaft. **Tiefpreisgarantie!**

1023 Crissier/Lausanne	1700 Fribourg/Nord	4133 Pratteln/BL
8953 Dietikon/Zürich	8854 Galgenen/SZ	9532 Rickenbach/Wil
8600 Dübendorf/Zürich	4614 Hägendorf/Olten	
6032 Emmen/Luzern	3421 Lyssach/Bern	Neu

I d'iga muesch diga!



www.diga.ch



ALLES UNTER EINEM DACH

Unsere Dienstleistungen:
Grafisches Service-Zentrum
EDV · Treuhand
kreativAtelier · Restaurant Albatros

Kompetent. Persönlich. Sympathisch.

Wohn- und Bürozentrum für Körperbehinderte

Aumattstrasse 70-72 · Postfach · CH-4153 Reinach 1
Telefon 061 717 71 17 · Fax 061 717 71 00
info@wbz.ch · www.wbz.ch